

**Kai Whittaker**

- (A) so, dass wir hier mit der Sanktionsmachete herumlaufen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir versuchen, zu helfen, wo wir können. Andere Länder sind da wesentlich strenger unterwegs. Deshalb ist Ihre Aussage schlicht und ergreifend eine politische Nebelkerze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Zurufe von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Der letzte Redner in der Debatte – wir haben ja viel vom bayerischen Löwen geredet; jetzt kommt der Löwe aus dem Allgäu –: Stephan Stracke.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie die Latte aber hochgehängt!)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

- (B) Liebe Frau Präsidentin, vielen herzlichen Dank für das sehr schöne Intro. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist tatsächlich in einer hervorragenden Verfassung. Dazu trägt Bayern als Jobmotor und Stabilitätsanker in vielen Bereichen maßgeblich bei. Wir haben weniger Arbeitslose, mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und deutlich über 630 000 offene Stellen. Davon profitieren natürlich auch diejenigen, die sich auf dem Arbeitsmarkt schwer tun: Ältere, Menschen mit Behinderung, aber auch Langzeitarbeitslose.

Sicherlich ist auch die Erkenntnis richtig, dass Langzeitarbeitslose zu wenig von dieser Entwicklung profitieren. Dabei haben wir schon einiges auf den Weg gebracht, um in diesem Bereich für Verbesserungen zu sorgen. Der Schlüssel liegt aber vor allem in einer persönlichen Beratung vor Ort. Genau da setzt der vorliegende Gesetzentwurf an. Mit diesem Gesetzentwurf werden das Leistungs- und Verfahrensrecht des SGB II und damit die Arbeit der Jobcenter deutlich vereinfacht. Unnötige Bescheide, Anrechnungsregeln, Verfahrensvereinfachungen – auf all das zielt der Gesetzentwurf ab, und wir nehmen damit in diesem Bereich eine zentrale Weichenstellung vor. Diese Erleichterungen sind in der Tat überfällig.

Hierüber gab es schon eine lange Debatte. Es wurden durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorbereitungen getroffen. Mich erstaunt, wie viele Vorschläge hier neuerdings vonseiten der Bundesländer auf den Tisch gekommen sind. Ich glaube, im Rahmen der anstehenden Debatte müssen wir uns auf das Wesentliche konzentrieren und dürfen uns nicht mit der Beratung kleinteiliger Vorschläge verzetteln. Ich bin auf die entsprechende Sachverständigenanhörung gespannt, die wir in diesem Bereich vornehmen wollen.

(C) Interessant ist im Rahmen dieser Debatte, welche Vorschläge vonseiten der Opposition unterbreitet werden.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Gute! Gute Vorschläge!)

Oftmals zielen diese Vorschläge darauf ab, die Zielrichtung des Gesetzes zu sprengen. Sie stellen häufig ein ganzes Sammelsurium dar. Entscheidend ist aber wohl die Frage der Sanktionen. Die Linken fordern eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Die Grünen positionieren sich mit der Forderung, die Sanktionen auszusetzen. Dem stellen wir entgegen: Wir halten an Sanktionen fest, weil wir sie für richtig erachten. Jeder hat Verantwortung: Verantwortung für sich, aber auch Verantwortung gegenüber denjenigen, die einem helfen und einen unterstützen. Deshalb ist es nur fair, dass es keine Leistung ohne Gegenleistung gibt.

Für uns gilt das Prinzip des Förderns und Forderns. Dass der diesem Prinzip zugrundeliegende Gedanke jetzt auch von der Koalition noch einmal unterstrichen wird, zeigen die Ergebnisse des Koalitionsausschusses. Wir haben uns dort darauf verständigt, ein Integrationsgesetz auf den Weg zu bringen, gerade unter dem Leitgedanken des Förderns und Forderns. Das ist genau das Richtige. Was wir nicht tun, ist, zu lasche Sanktionen zu verhängen. Deswegen haben wir uns dagegen gesperrt.

(D) Wir sperren uns allerdings nicht gegen Vereinfachungen im Sanktionsrecht, etwa was Pauschalierungen oder anderes angeht. Aber Sanktionen müssen weiter wirksam bleiben. Sie müssen weiterhin wirksame Anreize bieten, damit diejenigen, die mit den Jobcentern zu tun haben, mit diesen kooperieren, aktiv nach Arbeit suchen und insgesamt rascher eine Arbeit aufnehmen. All dies ist in diesem Bereich unumstritten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir über bestehende Instrumente reden, die wir unter Umständen gemeinsam ausbauen wollen, dann muss allerdings noch eine andere Sache stimmen, nämlich die Sicherstellung der Mittelausstattung der Jobcenter und eine faire Verteilung der Finanzlasten auf alle Bundesländer. Es gilt ja: Ohne Geld ist vieles nichts. Deswegen muss es auch um die Verteilung der Eingliederungsmittel im SGB II gehen. Das tun wir im Bereich der Flüchtlinge, indem wir dem Grundsatz folgen: Das Geld soll dorthin fließen, wo die Arbeit anfällt. Wir müssen noch genauer hinschauen, wo die Arbeit tatsächlich anfällt. Zum anderen müssen wir auch sehen, dass die Gelder dorthin fließen, wo die Langzeitarbeitslosen sind. In Teilen Deutschlands, auch in Bayern, haben wir es mit Menschen zu tun, die sich in einer Situation verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit befinden. Für diese sind höhere Aufwendungen nötig, um ihnen gute Chancen zu geben. Deswegen müssen wir die Mittelausstattung noch einmal verändern. Das werden wir im Rahmen der anstehenden Beratungen zu einem der Kernbestandteile machen.

Ich freue mich auf die Beratungen. Ich glaube, das führt dazu, dass wir diesen Gesetzentwurf noch besser machen. Die Vorlage ist ganz ordentlich.

**Stephan Stracke**

- (A) Herzliches Dankeschön!  
(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege Stracke. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 18/8041, 18/8076 und 18/8077 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Sie sind damit einverstanden. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich alle, die nicht zuhören oder sich beteiligen wollen, um beschleunigte Platzwechsel.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21 a bis 21 d auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**30 Jahre Tschernobyl, 5 Jahre Fukushima – Atomausstieg konsequent durchsetzen**

**Drucksache 18/7656**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- (B) b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Atomkraftwerk Cattenom sofort abschalten**

**Drucksache 18/7668**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Kai Gehring, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Keine öffentlichen Forschungsgelder für den Wiedereinstieg in atomare Technologien – 6. Energieforschungsprogramm vollständig in Richtung Energiewende weiterentwickeln**

**Drucksache 18/5211**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
Federführung strittig

- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Ener-

gie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C)

**Für mehr Transparenz in der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie eine starke und unabhängige Weltgesundheitsorganisation**

**Drucksachen 18/7658, 18/8101**

Ich würde gerne die Debatte eröffnen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, mir nicht den Rücken zuzudrehen, sondern Platz zu nehmen, damit wir mit der Debatte beginnen können.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Auch dazu höre und sehe ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich gebe der ersten Rednerin in dieser Debatte das Wort. Das ist Sylvia Kotting-Uhl für Bündnis 90/Die Grünen.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 26. April 1986 hat sich mir, damals Mutter mit kleinen Kindern, als Datum unauslöschlich eingebrannt. Natur, vor allem Regen, war plötzlich gefährlich, meine alternative Selbstanbauerei ungesünder als alte Konserven, Leben und Vertrauen in das Dasein plötzlich auf den Kopf gestellt und alles Handeln geprägt von der Sorge, die Kinder zu schützen. Was war das alles für ein Federstrich im Vergleich zum Leben der Menschen um Tschernobyl herum bzw. in Weißrussland – das Land, das den größten Niederschlag des atomaren Fallouts zu ertragen hatte. (D)

Schauen wir heute nach Tschernobyl, dann sehen wir, dass der damals von den Liquidatoren unter dem Einsatz der eigenen Gesundheit aufgebaute Sarkophag vor sich hin rottet. Das Gelände hat sich zu einem tödlichen Biotop entwickelt. Menschen kämpfen um ein bisschen Entschädigung vom Staat. Spricht man mit ihnen, dann hört man: Die meisten von ihnen leiden unter einem geschwächten Immunsystem. Sie haben Angst vor Krebs. – Junge Frauen, die Kinder von Tschernobyl, die nun ihrerseits Kinder bekommen, haben, leider berechtigt, eine sehr viel größere Angst als Frauen an anderen Orten der Welt, Kinder mit Schädigungen zur Welt zu bringen. 30 Jahre danach muss man sagen: Es ist noch lange nicht vorbei.

Spreche ich mit Menschen in Fukushima, dann erfahre ich, dass auch dort die Angst um die Kinder präsent ist. Auffällig sind Anomalien an ihren Schilddrüsen. Bauern haben Sorge, ihre Existenzgrundlage vollständig zu verlieren, auch wenn sie nicht in belasteten Gebieten leben; denn keiner in Japan will ihre Produkte mehr kaufen. Ähnlich geht es den Fischern in der Präfektur Fukushima. Auch deren Fänge will niemand mehr kaufen, geschweige denn essen. Sie versuchen alles, um zu überleben. Und auf der Anlage wird alles versucht, um an dem Ort der Kernschmelzen die Folgen in den Griff